

Niederschrift über die Besprechung am 09. Oktober 2002 am Klinikum Fürth

<u>Gegenstand des Gesprächs:</u>	Darstellung von Zahlungsvorgängen und Mittelverwendung für Zahlungen der Stadt Fürth an das Klinikum Fürth
<u>Gesprächsteilnehmer:</u>	Frau Tischendorf, Stadträtin Herr Becker, Finanzreferent Herr Reichardt, Stadtkämmerer Herr Krappmann, Vorstand des KU Klinikum Fürth Herr Bruder, Leiter der Buchführung am Klinikum Fürth Herr Göb, Bayer. Kommunaler Prüfungsverband

Der Unterzeichnete erläuterte eingangs die Schwierigkeiten der Klinikumsverwaltung, die vielfältigen Zahlungen der Stadt Fürth in den letzten ca. 20 Jahren für

- nicht geförderte Investitionen
- die örtliche Beteiligung bei der Bewilligung von Fördermitteln
- Leistungen zum Ausgleich der Jahresverluste des Klinikums
- und notwendige Kassenverstärkungen

bei häufig wechselnden Zweckbestimmungen entsprechend dem Verwendungszweck korrekt zuzuordnen.

Ein Abgleich aller städtischen Zahlungen mit dem Finanzbedarf des Klinikums sollte deshalb zum 31.12.1999 abschließend vorgenommen und eine endgültige Bereinigung etwaiger Deckungslücken im städtischen Haushalt eingeplant werden.

Die zwischen Kämmerei und Klinikum hierzu erfolgte Abstimmung und notwendige Restzahlung der Stadt wurde in der Vorlage zur Stadtratssitzung vom 25.10.2000 dargestellt und beschlußmäßig gebilligt.

Im Zusammenhang mit den Arbeiten zum Jahresabschluß 1999 wurde jedoch festgestellt, daß bei diesem Abgleich Zahlungen in Höhe von 9.532.000 DM nicht einbezogen waren, weil dieser Betrag zwischenzeitlich im Rechnungswesen des Klinikums umgebucht und als Kapitalrücklage aus Trägerzuschüssen bilanziert war.

Auf Beschluß des Stadtrates hat der Bayer. Kommunale Prüfungsverband den Zahlungsvorgang sowie die Verwendung dieser städtischen Zuwendungen geprüft und

festgestellt, daß der Finanzbedarf des Klinikums für die o.a. Zweckbestimmungen zum 31.12.1999 gedeckt und die ursprünglich anzunehmende Restzahlung tatsächlich um 9.532.000 DM zu verringern ist.

In der Sitzung vom 25.09.2002 nahm der Stadtrat von dieser Überprüfung Kenntnis. Frau Tischendorf wies unter Hinweis auf die prekäre Finanzsituation des Klinikums auf die Notwendigkeit hin, daß die Stadt alle Deckungslücken des Klinikums alsbald ausgleichen müsse und warf die Frage auf, ob die jetzt festgestellte Überzahlung in Höhe von 9.532.000 DM nicht zur Deckung der in der Stadtratsvorlage vom 17.11.2001 dargestellten nicht geförderten Baukosten von 9.315.666,96 DM benötigt werde. In Anbetracht der nahezu identischen Beträge, könne ein Zusammenhang nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Diese Frage abschließend zu klären, war Zweck des heutigen Gesprächs.

Der Unterzeichnete erläuterte den Abgleich der Zahlungen zwischen Stadt und Klinikum, bei dem - summarisch -

- dem Gesamtbetrag aller städtischen Zahlungen
- der Gesamtbetrag des Finanzbedarfs des Klinikums

gegenübergestellt wurde.

Die im Gutachten erläuterten Teilzahlungen in Höhe von 9.532.000 DM seien allerdings ebenso vollständig im Gesamtbetrag der städtischen Zahlungen enthalten, wie der Teilbetrag von 9.315.666,96 DM in der Aufstellung des Finanzbedarfs des Klinikums. Letzterer stelle zum 31.12.1999 diejenigen Kosten für Anlagen im Bau dar, welche durch

- Zuschüsse nach dem KHG
- Investitionszuschüsse Dritter (Spenden)
- und städtische Zuschüsse

nicht gedeckt waren.

Hierüber wurde eine detaillierte Berechnung vorgelegt, welche für jede zum 31.12.1999 nicht abgeschlossene Baumaßnahme Art und Umfang der Finanzierung und die bestehende Finanzierungslücke aufzeigte, die durch einen städtischen Zuschuß noch auszugleichen war und insgesamt den Betrag von 9.315.666,96 DM ergab.

Nach ausführlicher Erörterung dieser Einzelübersichten erklärte Frau Tischendorf, daß nach Kenntnis dieser Berechnungen und Nachweise ihre Zweifel ausgeräumt seien.

Sie wies abschließend nochmals darauf hin, daß nach ihrer Überzeugung auch nach Einführung der DRG's mit der Fortdauer der Deckelung zu rechnen sei. Zusammen mit den schwieriger werdenden Rahmenbedingungen müsse deshalb die Stadt alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Zukunft des Klinikums zu sichern.

Fürth, 15. Oktober 2002

gez.

(Göb), BKPV